

## Fortschreibung des städtischen Integrationskonzeptes „Vielfalt in Eberswalde“



empirica

**Auftraggeberin**

Stadt Eberswalde

**Auftragnehmerin**

empirica ag  
Büro: Berlin  
Kurfürstendamm 234, 10719 Berlin  
Telefon (030) 88 47 95-0  
berlin@empirica-institut.de  
www.empirica-institut.de

**Bearbeitung**

Annamaria Deiters-Schwedt, Meike Heckenroth, Carolin Fischer, Antonia März

**Projektnummer**

2019113

Berlin, 15. März 2021

## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Präambel.....	1
2.	Integration als kommunales Handlungsfeld.....	2
3.	Wo steht Eberswalde?.....	4
3.1	Eberswalde wächst wieder.....	4
3.2	Räumliche Schwerpunkte für Integrationsaufgaben .....	6
3.3	Breites Engagement bei der Integration .....	7
4.	Relevante Handlungsfelder in Eberswalde.....	9
4.1	Steuerung der Integrationsarbeit.....	9
4.2	Integration als Querschnittsaufgabe stärken.....	11
4.3	Sprache und Bildung.....	14
4.4	Sport und Freizeit .....	17
4.5	Wohnen .....	18
4.6	Stadtgesellschaftlicher Dialog und gesellschaftliche Teilhabe .....	19
4.7	Berufliche Integration und Qualifikation.....	23
4.8	Asyl und Geflüchtete .....	26
4.9	Image und Integration in der Nachbarschaft .....	27
4.10	Weiteres .....	30
5.	Prioritätenliste für Maßnahmen.....	31
6.	Anhang.....	32
6.1	Begriffserläuterung .....	32
6.2	Interviewpartner:innen .....	34
6.3	Relevante rechtliche Grundlagen.....	36

---

**ABBILDUNGSVERZEICHNIS**

ABBILDUNG 1:	BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN EBERSWALDE	4
ABBILDUNG 2:	ZUWACHS BEI AUSLÄNDISCHER BEVÖLKERUNG IN EBERSWALDE	5
ABBILDUNG 3:	NATIONALITÄTEN DER AUSLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNG MIT HAUPTWOHNSITZ IN EBERSWALDE	5
ABBILDUNG 4 :	RÄUMLICHE VERTEILUNG AUSLÄNDISCHER BEVÖLKERUNG IN DER STADT	6

## 1. Präambel

Eberswalde versteht sich als eine weltoffene Stadt.

Die Vorstellung eines Gemeinwesens, in der alle Formen von rassistischer, ethnischer und kultureller Diskriminierung der Vergangenheit angehören, erscheint uns noch als Utopie, da rassistisches Denken und diskriminierende Praktiken den Alltag vieler Menschen prägen und seine soziale Wirkung entfalten.

Ein erreichbares Ziel ist aber eine tolerante Stadt. Eine Stadt, die bestrebt ist, stereotype und diskriminierende Vorstellungen über Menschen, die nicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft angehören soweit wie möglich abzubauen. Diese Grundsätze leiten sich aus den normativen und moralischen Grundsätzen einer pluralistischen Gesellschaft ab, in der Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe oder ethnische Zugehörigkeit für das Ansehen einer Person keine Rolle spielen dürfen.

Dies sollte mit einer Leitkultur des Zusammenlebens gefördert werden. Es geht darum, Betroffene von rassistischer, ethnischer und kultureller Diskriminierung zu schützen und ein Klima zu schaffen, in dem sie sich erfolgreich gegen Alltagsrassismus wehren können.

Mit der Erstellung eines Integrationskonzeptes drückt die Stadt Eberswalde die Ernsthaftigkeit ihres Bestrebens aus, Vielfalt zu leben und dem Ziel der Chancengleichheit näher zu kommen. Das Konzept fasst den Status Quo in Eberswalde knapp zusammen und entwickelt darauf aufbauend konkrete Schritte zu einem gleichberechtigten Zusammenleben aller Bewohnerinnen und Bewohner in Eberswalde. Das Konzept und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen richten sich an Politik, Verwaltung, Behörden, Institutionen, Akteure sowie alle Bürgerinnen und Bürger in Eberswalde und dem Landkreis Barnim, die eingeladen sind, mit der eigenen Arbeit die vorgeschlagenen Ansätze voranzubringen.

## 2. Integration als kommunales Handlungsfeld

Bereits im Jahr 2008 hat die Stadt Eberswalde<sup>1</sup> das „Konzept für die Integration der bleibberechtigten Zuwanderinnen und Zuwanderer in Eberswalde“ erarbeitet. Damit hat sich Eberswalde bereits früh mit einem konzeptionellen Fundament der Integrationsarbeit beschäftigt. Seitdem hat sich in Eberswalde vieles verändert: Seit einigen Jahren bestimmen die Auswirkungen des Strukturwandels, der Rückgang der Bevölkerung oder der Rückbau von Infrastruktur und Wohnungen nicht mehr die Herausforderungen der Stadtentwicklung. Im Gegenteil, die Stadt hat seit 2013 viele Einwohner:innen hinzugewonnen und sich zu einem wichtigen Zentrum in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg entwickelt. Dieser Aufwind ist auch in vielen Bereichen des Stadtbildes nicht zu übersehen.

Zu den Veränderungen seit dem letzten Integrationskonzept zählte auch, wie bundesweit, der Zuzug geflüchteter Menschen. Vor allem in den Jahren 2015 und 2016 kamen in kurzer Zeit viele Schutzsuchende nach Eberswalde. Dieses in der jüngeren Geschichte der Stadt einmalige Ereignis stellte sowohl die neu ankommenden Menschen als auch die aufnehmende Gesellschaft vor Herausforderungen. Menschen aus vielen verschiedenen Nationen und mit unterschiedlichen kulturellen sowie ethnischen Hintergründen sind z.B. aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan und Somalia nach Eberswalde gekommen. Hinzu kommen Zugewanderte aus der EU und weiterer Drittstaaten. Die Stadt Eberswalde, ihre Akteur:innen und zahlreiche Bürger:innen haben Großes geleistet. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Menschen immer mehr zu einem Teil der Gesellschaft werden können, die sie unterstützt und der sie umgekehrt ebenfalls eine Bereicherung sind. Bis heute zeugt die große Bandbreite an Aktiven in Eberswalde von dem überaus großen Engagement aller Beteiligten.

Politik und Verwaltung in Eberswalde möchten eine koordinierende, strukturierte kommunale Integrationsarbeit unterstützen, in die Träger, Akteur:innen, Initiativen und Ehrenamtliche eingebunden sind. Die vorliegende Fortschreibung des Integrationskonzeptes soll damit den Entwicklungen der letzten Jahre Rechnung tragen und konkrete Impulse für die weitere Integrationsarbeit vor Ort geben. Gleichzeitig bietet es einen Handlungsrahmen für die in der Integrationsarbeit tätigen Akteur:innen.

Die Erarbeitung des vorliegenden Konzeptes konnte aus der großen Vielfalt engagierter Akteur:innen vor Ort in hohem Maße profitieren. Insgesamt wurden 30 Vertreter:innen migrantischer Selbstorganisationen, von Vereinen und Trägern, aus der Stadtverwaltung und des Landkreises sowie weitere wichtige Funktionsträger:innen der Integrationsarbeit in Eberswalde persönlich interviewt<sup>2</sup>. Wer Eberswalde kennt, weiß, dass diese Auswahl nicht annähernd die Fülle der Aktiven vor Ort abdeckt. Sie spiegelt aber die Bandbreite und Dimensionen wider, in denen sich der gesellschaftliche Integrationsprozess in Eberswalde bewegt.

Eingeschlossen werden hierbei die strukturelle, soziale, kulturelle und identifikatorische Integration<sup>3</sup>:

---

<sup>1</sup> Hier und im Folgenden meint „die Stadt Eberswalde“ meist (im entsprechenden Zusammenhang) die Stadt als Institution in ihrem Gefüge aus Stadtverwaltung und -politik.

<sup>2</sup> Eine Liste aller Interviewpartnerinnen und -partner befindet sich im Anhang Kapitel 6.2.

<sup>3</sup> Vgl. Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie: Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Luchterhand Verlag: Darmstadt und Neuwied, sowie Heckmann, Friedrich (1997): Integration und Integrationspolitik in Deutschland, efms Paper Nr. 11, 1997.

- **Strukturelle Integration** beschreibt den chancengleichen Zugang von Personen mit Migrationshintergrund zu Kerninstitutionen wie Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildungs-, Rechts- und Gesundheitssystem oder politischen Gemeinschaften.
- **Kulturelle Integration** beinhaltet einen Prozess des Kennenlernens und Annäherns kultureller und gesellschaftlicher Denkmuster sowie den Erwerb der Verkehrssprache. Seitens der Aufnahmegesellschaft sollten ausreichend Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen und Bereitschaft zum Austausch bestehen.
- **Soziale Integration** findet auf privater Ebene statt und beinhaltet Nachbarschaft, Mitgliedschaften in Vereinen, Freundschaften bei der Partnerwahl u.v.m. Dies fordert gegenseitige Toleranz und Offenheit.
- **Identifikatorische Integration** findet auf der subjektiven Ebene statt und meint das Zugehörigkeitsgefühl von Menschen mit Migrationshintergrund zu vorgefundenen ethnisch-national, regionalen/lokalen Gemeinschaften, Strukturen und Rechtsformen. Dies erfordert entsprechende Angebote und die Offenheit für eine sich verändernde Gesellschaft.

Integration findet somit sowohl auf einer institutionellen/gesellschaftlichen als auch auf der individuellen Ebene statt. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass allen Individuen eine Teilhabe ermöglicht wird. Dies umfasst auch den Zugang zum Beispiel zu Bildung oder zu Gemeinschaft auf Seiten der Aufnahmegesellschaft. Gleichzeitig erfordert es auf Seiten der neu Ankommenden die Offenheit und Bereitschaft zum Erlernen der Sprache, die gegenseitige Anerkennung von Werten und ein Einbringen in die Gesellschaft, ohne die eigene kulturelle Identität aufgeben zu müssen. Auf der individuellen Ebene bedeutet dies Toleranz und Offenheit auf allen Seiten, sowohl bei den Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund.<sup>4</sup> In diesem Sinne versteht das vorliegende Integrationskonzept den Begriff Integration als einen beidseitigen Prozess, den sowohl Zugewanderte als auch Menschen in der aufnehmenden Gesellschaft leisten. Gleichzeitig ist Integration ein kommunales Querschnittsthema. Es betrifft alle kommunalen Handlungsfelder und damit die gesamte Verwaltung.

---

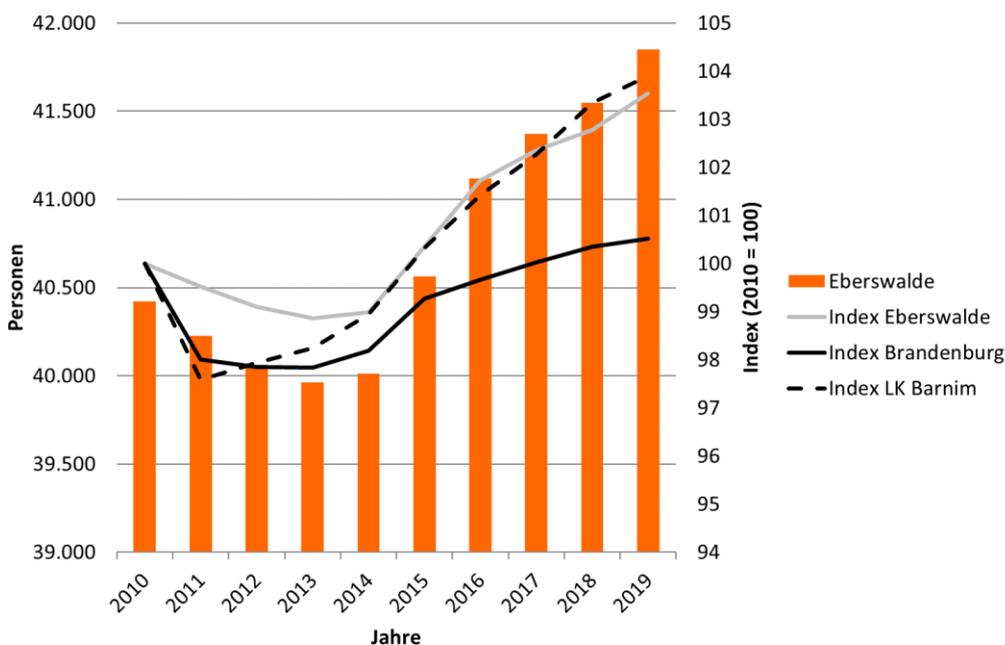
<sup>4</sup> Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik (Hg.): Begriffe der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Reflexionen für die kommunale Praxis Stuttgart Februar 2017 (Online-Veröffentlichung).

### 3. Wo steht Eberswalde?

#### 3.1 Eberswalde wächst wieder

Nach der Wiedervereinigung hat Eberswalde zunächst stetig an Bevölkerung verloren. Nachdem im Jahr 2013 nur noch knapp 40.000 Menschen hier lebten, wächst die Stadt wieder leicht. Mittlerweile leben gut 42.700 Personen in Eberswalde. Dies liegt auch im Trend des Landkreises Barnim und des Landes Brandenburg, vor allem im engeren und weiteren Umfeld von Berlin (Abbildung 1).

**Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in Eberswalde**

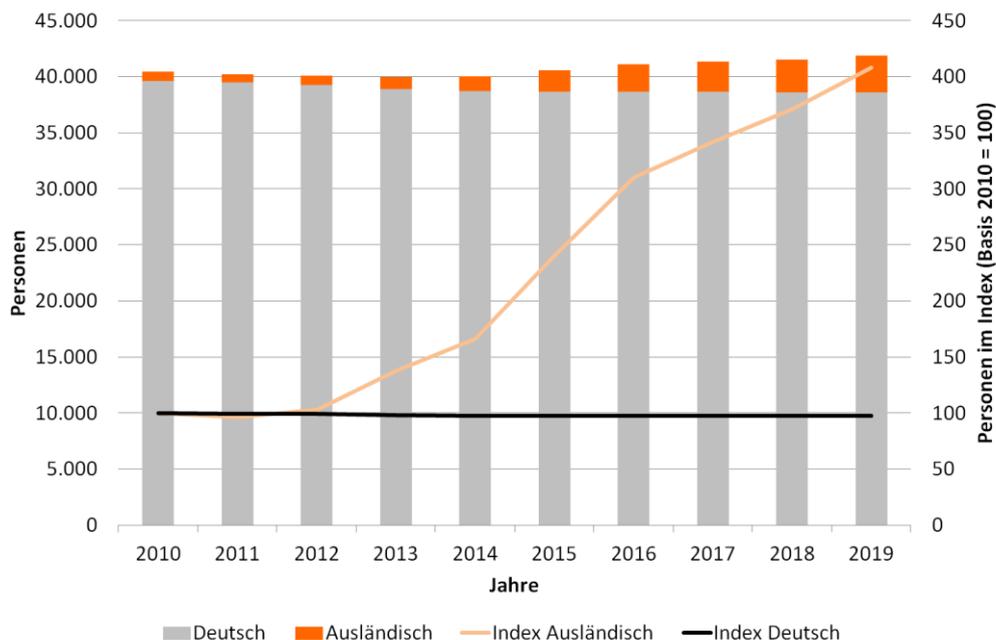


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen

empirica

Der Bevölkerungszuwachs ist anteilig auch auf die Fluchtzuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 zurückzuführen. Seit 2012 ist der Anteil von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Eberswalde angestiegen. Im Jahr 2012 hatten 2 % (815 Personen) der Eberswalder Bevölkerung eine ausländische Staatsangehörigkeit. Im Jahr 2019 lebten knapp 3.240 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, also etwa 8 % der Bevölkerung, in Eberswalde. Heute (Stand 02/2021) haben 3.771 Menschen mit ausländischer Nationalität ihren Hauptwohnsitz in Eberswalde. Gemessen an Großstädten ist dieser Wert nach wie vor sehr niedrig (2019: Berlin 19,2 %, Hamburg 16,5 %), im Vergleich mit anderen Mittelstädten liegt Eberswalde im Mittelfeld (Frankfurt/Oder 11,3 %, Schwerin 9,4 %, Cottbus 8,7 %, Rostock 6,6 %).

**Abbildung 2: Zuwachs bei ausländischer Bevölkerung in Eberswalde**

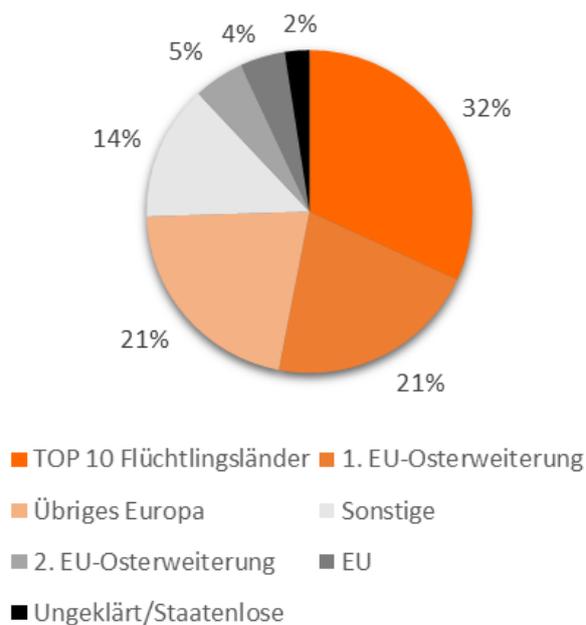


Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2019, eigene Berechnungen

empirica

Die größte ausländische Gruppe unter der Bevölkerung mit Hauptwohnsitz in Eberswalde stammt aus europäischen Ländern (51%). Die zweitgrößte Gruppe bilden Menschen aus den zehn Staaten mit den meisten Geflüchteten wie z.B. Syrien, Afghanistan, Eritrea, Iran oder Irak (vgl. Abbildung 3).

**Abbildung 3: Nationalitäten der ausländischen Bevölkerung mit Hauptwohnsitz in Eberswalde**



Quelle: Stadt Eberswalde, eigene Berechnungen (Stand 02/2021)

empirica

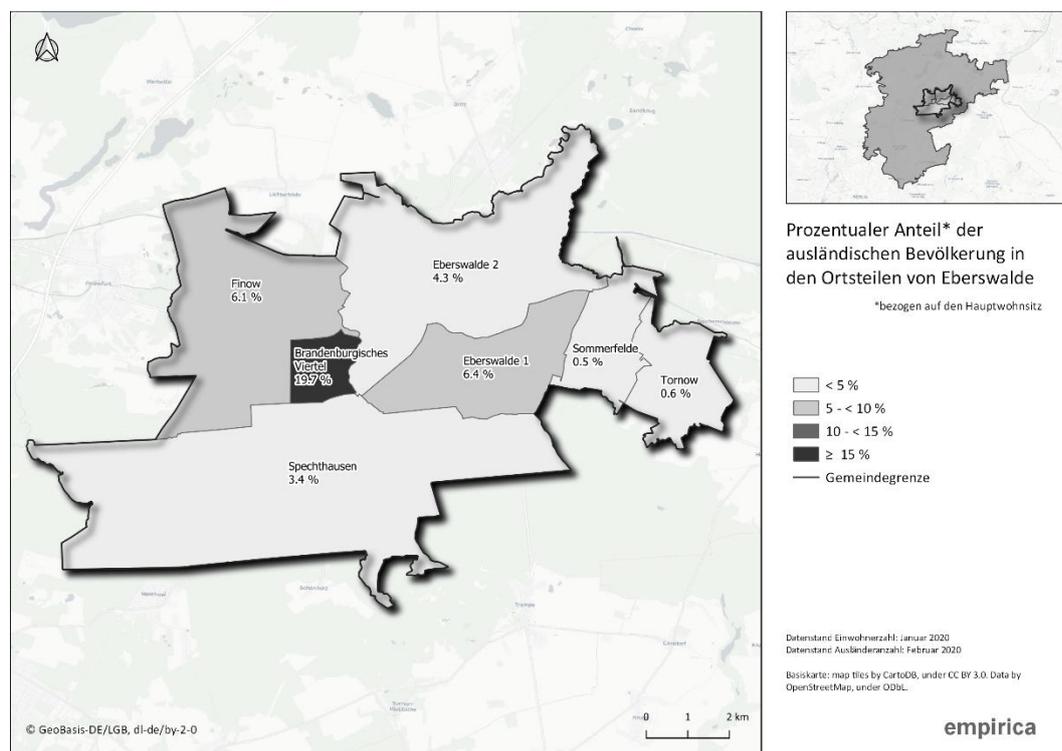
Die Stadt Eberswalde hat in den Jahren der größten Fluchtzuwanderung 2015 und 2016 einen großen Teil der Geflüchteten im Landkreis Barnim aufgenommen. So ist auch heute die am stärksten vertretene Nationalität in Eberswalde Syrien mit 721 Bürger:innen, gefolgt von der Russischen Föderation (448), Polen (352), Afghanistan (286) und Vietnam (114).

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist in vollem Gange. Im Juni 2019 waren am Arbeitsort in Eberswalde 518 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren 264 mehr bzw. mehr als doppelt so viele wie vor fünf Jahren (Juni 2015: rd. 254).

### 3.2 Räumliche Schwerpunkte für Integrationsaufgaben

Die Anforderungen an eine Integration sind räumlich in der Stadt sehr unterschiedlich verteilt. Das Brandenburgische Viertel ist durch zwei Standorte der Wohnverbände bzw. Gemeinschaftsunterkünfte und den vergleichsweise preiswerten Wohnraum mit rd. 1.320 Personen (02/2020) Hauptwohnstandort für Menschen nicht deutscher Herkunft. Das entspricht 19,7 % aller dort lebenden Menschen. In Eberswalde 1 wohnen knapp 1.060 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, was einem Anteil von 6,4 % bezogen auf die dort mit Hauptsitz lebenden Personen ausmacht (vgl. Abbildung 4).

**Abbildung 4 : Räumliche Verteilung ausländischer Bevölkerung in der Stadt**



Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2019, eigene Berechnungen

empirica

So bündelt sich im Brandenburgischen Viertel auch ein Großteil der Beratungsinfrastruktur mit Migrations- und Integrationsberatung, Vereinen, weiteren Trägern und Quartiersmanagement. Seit 1999 befindet sich das Gebiet im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt (heute: Sozialer Zusammenhalt). Das Gebiet ist in den 1980er Jahren in dezent-

raler stadträumlicher Lage entstanden. Der Rückbau der vergangenen Jahre hat zahlreiche Brachen entstehen lassen. Nun gibt es umfangreiche Aufwertungsmaßnahmen im Brandenburgischen Viertel. Unter anderem hat die Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG im Mai 2020 einen Kooperationsvertrag mit der Stadt abgeschlossen. Ein Investitionsvolumen in Höhe von 52 Mio. Euro Wohnungsbauförderungsmitteln und 5,3 Mio. Euro Städtebaufördermitteln werden in den nächsten Jahren in die Sanierung von Wohngebäuden, den Neubau und die Verbesserung des Wohnumfelds fließen.

### 3.3 Breites Engagement bei der Integration

Auf übergeordneter Ebene gibt es im Landkreis Barnim ein etabliertes Netz zum Thema Integration. Hierzu zählen unter anderem:

- die Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten auf Ebene des Landkreises, die schon seit 1991 existiert
- das Integrationsnetzwerk Barnim, welches von der Integrationsbeauftragten des Landkreises Barnim geleitet wird

Das Netzwerk, bestehend aus 30-40 Aktiven in der Integrationsarbeit im Landkreis, trifft sich mindestens vier Mal im Jahr. Je nach Bedarf werden unterschiedliche Themenschwerpunkte gesetzt und Expertinnen und Experten zu den Treffen eingeladen.

- ein Beirat für Migration und Integration (neun Mitglieder) auf Landkreisebene

Der Beirat hat Beratungs- und Sprecherrecht in Ausschüssen auf Landkreisebene. Der Beirat wird von den im Barnim lebenden Migrant:innen seit 2020 für vier Jahre gewählt, ab 2024 für fünf Jahre.

Wichtige Beiträge zur Integrationsarbeit leisten zudem alle Ämter in Eberswalde. Dazu zählen institutionelle Akteure wie das Grundsicherungsamt, die Ausländerbehörde, die Arbeitsagentur oder die Kreisvolkshochschule Barnim. So hat das Jobcenter Barnim beispielsweise im Jahr 2015 das sog. Lotsenhaus gegründet, um v.a. geflüchtete Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. 2021 wurde das Projekt Lotsenhaus beendet, da die Beratung über die reguläre Infrastruktur geleistet werden soll.

Auch innerhalb der Stadtverwaltung Eberswalde gibt es das Referat für soziale Teilhabe und Integration mit einer Stelle. Diese Stelle vereint verschiedene Aufgaben, insbesondere können hier Fördergelder für soziale Projekte und Initiativen beantragt und vergeben werden. Zudem hat sie die soziale Teilhabe und Integration von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Fokus. Eine zusätzliche Projektstelle zum Thema Arbeitsmarktintegration wurde in der Stadtverwaltung durch das Landesprogramm „Vielfalt als Chance“ geschaffen.

Darüber hinaus gibt es in Eberswalde ein breites Netzwerk engagierter Vereine, Beratungsstellen, Träger, Initiativen und Einzelpersonen mit einem langjährigen Engagement in der Integrationsarbeit. In den Jahren 2015 und 2016 etablierte sich so eine breite Willkommenskultur innerhalb der Zivilgesellschaft, von denen viele Ansätze auch heute noch bestehen. Die Fülle an Angeboten in Eberswalde, welche je nach verfügbaren Haushaltsmitteln, nach Projektinhalten und Zuständigkeiten sowohl bundes-, landes- oder durch Landkreis oder Stadt finanziert sind, führt dazu, dass eine Übersicht an dieser Stelle nur

einen kleinen Ausschnitt der Handelnden vor Ort beispielhaft wiedergeben kann. Die folgende Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es wird aber die große Bandbreite entsprechender Akteur:innen in der Stadt deutlich:

- Der Evangelische Kirchenkreis Barnim, der in eigener Trägerschaft und mit jeweils jährlich bewilligten Projektgeldern des Landkreises Asylverfahrensberatungen durchführt.
- Engagierte Vereine sind z.B. Kontakt Eberswalde e.V., Palanca e.V., der Bund der Vertriebenen e.V. oder der Deutsch-Ungarische Freundeskreis e.V. Diese kooperieren teilweise mit Sportvereinen (z.B. SV Motor). Der Sportverein FSV LOK Eberswalde e.V. hat beispielsweise eine eigene Integrationsmannschaft ins Leben gerufen. Manche Vereine wie Palanca e.V. sind mit weiteren Initiativen wie SOS Rassismus Barnim oder Light me Amadeu (Initiative zum Gedenken an den 1990 bei einem rassistischen Angriff getöteten Amadeu Antonio) vernetzt. Zusätzlich werden z.B. von Kontakt Eberswalde e.V. ehrenamtliche Dolmetscherdienste und eine Migrations- und Sozialberatung angeboten, eine Bibliothek und PC-Raum bereitgestellt und Freizeitangebote geschaffen. Auch Vereine wie Brot & Hoffnung e.V. mit der Kleiderkammer und der Tafel leisten große Unterstützung für betroffene Menschen.
- Engagierte Stiftungen sind die Hoffnungstaler Stiftung Lobetal (Träger des Jugendmigrationsdienstes, welcher Kinder und Jugendliche mit Migrations- und Fluchthintergrund bis 27 Jahren berät sowie eine Beratungsstelle für erwachsene Geflüchtete und eine für Bleibeberechtigte Erwachsene vorhält) und die Bürgerstiftung Barnim Uckermark, welche die Freiwilligenagentur Eberswalde, durch die Stadt finanziert, betreibt, Patenschaften vermittelt, regelmäßig ein Sprachcafé anbietet und einen Flüchtlingsfonds aufgelegt hat.
- Zudem gibt es in höchstem Maße engagierte Personen im Ehrenamt, was sich nicht zuletzt in der Zeit der hohen Fluchtzuwanderung gezeigt hat. Damals war z.B. die damalige Willkommensinitiative „Runder Tisch – Willkommen in Eberswalde“ aktiv.
- Auch die Hochschule für nachhaltige Entwicklung engagiert sich u.a. mit Sprachkursen, einem Buddy-Programm für Studierende aus dem Ausland sowie einer Kooperation mit der Freiwilligenagentur.

Eberswalde leistet mit seinem beachtlichen Spektrum an Akteur:innen, Aktivitäten und Ansätzen bereits eine vielfältige Integrationsarbeit vor Ort. Von Themen der Bildung über Hilfen bei alltäglichen Herausforderungen bis hin zur Unterstützung im Berufsleben finden sich zahlreiche Angebote. Sowohl auf Seiten der Verwaltung wie auch bei Trägern ist das Thema insbesondere seit dem starken Zuzug innerhalb der letzten fünf Jahre stark intensiviert und wird mit einem hohen Engagement verfolgt.

In den Gesprächen mit den Expert:innen aus Eberswalde haben sich neun Handlungsfelder herauskristallisiert. In dem Integrationskonzept werden diese Handlungsfelder aufgenommen und Lösungsansätze und Maßnahmen vorgeschlagen. Sie können als Grundlage für eine gemeinsame Strategie dienen und sollten stetig weiterentwickelt werden.

## 4. Relevante Handlungsfelder in Eberswalde

*Bei der Erarbeitung des Integrationskonzeptes wurde deutlich, dass es in Eberswalde weniger an umfangreichen Angeboten mangelt. Im Gegenteil, die Bandbreite an Angeboten und Akteur:innen in der Stadt ist so groß, dass selbst langjährig Aktiven eine systematische Übersicht fehlt. Gleichzeitig kommen in den Gesprächen vor Ort strukturelle Themen zutage, die für die Integration in Eberswalde eine große Rolle spielen.*

*Vor diesem Hintergrund benennt das Integrationskonzept im Folgenden neun Handlungsfelder, die im Zuge des Erstellungsprozesses zutage getreten sind. Oftmals handelt es sich um strategisch-konzeptionelle Ansätze. Sie sind seltener durch Einzelmaßnahmen als vielmehr durch ein konzertiertes Vorgehen aller relevanten Beteiligten vor Ort zu erreichen. Diese, aber auch die genannten Lösungsansätze und Maßnahmen sind nicht abschließend zu verstehen. Das Konzept kann als eine weiterzuentwickelnde und wachsende Grundlage verstanden werden. Es wendet sich generell an alle Akteur:innen und Beteiligten in Eberswalde. So sind auch die genannten Maßnahmenfelder nicht alle bei der Stadtverwaltung anzusiedeln, sondern können und müssen auch in Kooperationen oder ggf. Eigenregie Dritter erfolgen. Auch werden Maßnahmen benannt, von denen es einige bereits zumindest in Teilen gibt. In diesem Fall gilt der Vorschlag dahingehend, diese für die Lösung der dort genannten Handlungsbedarfe gezielt zu nutzen.*

*Gute Praxisbeispiele sollen darüber hinaus Ideen für die Umsetzung geben. Sie greifen dabei bewusst nicht die zahlreichen guten Beispiele in Eberswalde und in der Region auf. Vielmehr möchten sie diese um die bundesweiten Erfahrungen und Perspektiven ergänzen und damit den eigenen Erfahrungshorizont erweitern.*

*Aus den genannten Maßnahmen und Lösungsansätzen wird eine empfohlene Prioritätenliste speziell für die Stadtverwaltung als Anlage beigefügt.*

### 4.1 Steuerung der Integrationsarbeit

Mit der Neubesetzung der Stelle des Referats für soziale Teilhabe und Integration wird die Integrationsarbeit in der Stadt erneut gestärkt. Hier kann ein wichtiger Knotenpunkt für die Netzwerkarbeit aller wichtigen Beteiligten liegen. Unter vielen Handelnden in Eberswalde ist der Wunsch nach einer intensiveren Vernetzung, begleitet durch einen stärkeren Informationsfluss untereinander, breit verankert. Während sich das Integrationsnetzwerk Barnim auf die Kreisebene bezieht, sehen die Aktiven hier einen, wenn nicht sogar den wichtigsten zentralen Handlungsbedarf für die Integrationsleistung in der Stadt, um bei ganz konkreten Anliegen auf der lokalen Ebene in der Stadt Eberswalde einen Austausch zu gewährleisten. Diesem Anliegen kann durch die Neubesetzung Rechnung getragen werden. Gleichzeitig können dadurch mit den bestehenden Akteur:innen und Angeboten in ihrer Vielfalt und Professionalität wertvolle Synergieeffekte entstehen und Parallelstrukturen vermieden werden. Die Vielzahl der Angebote bringt es mit sich, dass es umso wichtiger erscheint, das Wissen um diese Angebote, Zielgruppen und Tätigkeitsbereiche transparent zu kommunizieren, Ressourcen zu bündeln und sie aufeinander abzustimmen.

## Handlungsbedarfe

- Anlaufstelle für Belange der Integration in der Verwaltung (dem Thema ein Gesicht geben und Sprachrohr in die Verwaltung)
- Bekanntmachung bestehender Angebote, sowohl bei potenziellen Nutzenden als auch innerhalb des Akteursspektrums
- Vernetzung bestehender Angebote und zielgerichtete Bündelung von Ressourcen (z.B. Verweise auf Angebote anderer Akteur:innen, Räumlichkeiten gemeinsam nutzen, Lobby schaffen etc.)
- Vermeidung konkurrierender Doppelstrukturen
- Gewährleistung von Wissenstransfer (Defizite, Ressourcen etc.)
- Förderung von Erfahrungsaustausch (innerhalb Eberswaldes, des Landkreises und bundesweit)

## Lösungsansätze und Maßnahmen

- Steuerungsfunktion für Integration, angesiedelt in der Verwaltung
  - Anlaufstelle für innerhalb und außerhalb der Verwaltung
  - klare Zuständigkeiten und ausreichend (regelmäßig) „Gehör“
  - Breite Information über Beratung zu Möglichkeiten der Fördermittelakquise und Antrag auf Gelder der Stadt (bereits im Referat für Soziale Teilhabe und Integration verankert)
  - ausreichende personelle Ressourcen, idealerweise eine zusätzliche Stelle für den Bereich Integration (Kümmerer, Zuhörer, Anlaufstelle bei rassistischen Vorfällen)
- Aufbau eines Informationspools zu bestehenden Angeboten und Akteur:innen (siehe auch Kap. 4.2)
- Vernetzung
  - Steuerungsfunktion der Stadt als Schnittstelle für konkrete/praktische Fragen bezogen auf die lokalen Ebene von Eberswalde
  - Thematische Schwerpunktsetzungen als Handlungsprogramm und gezielte Einbindung von Aktiven inklusive zuständige Fachbehörden und interessierter Bevölkerung (thematische Arbeitsgruppe)
  - Integrationsnetzwerk Barnim: Regelmäßiger und verbindlicher Austausch

## Good-Practice-Beispiel

### Willkommen in Wiesbaden –

#### Ein Wegweiser für Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden

Ziel	Ankommenden einen guten Überblick über die Beratungsstellen, Bildungsangebote und das ehrenamtliche Engagement in der Stadt verschaffen.
Zielgruppe	Ankommende Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund
Inhalt	Der Wegweiser ist in Printform auf Deutsch, Englisch und Arabisch kostenlos erhältlich und kann im Internet heruntergeladen werden. Die verschiedenen Themenbereiche sind klar gegliedert und der Wegweiser bietet eine übersichtliche Struktur. Themen sind beispielsweise Beratung und Information, Gesundheit, Religion, Sport und öffentliche Verkehrsmittel. Außerdem finden sich Sprechzeiten, Kontaktdaten, ein Stichwortverzeichnis und ein Stadtplan im Wegweiser.
Träger	Stadt Wiesbaden
Näheres unter	<a href="https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/migration-integration/content/wegweiser.php">https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/migration-integration/content/wegweiser.php</a>

## 4.2 Integration als Querschnittsaufgabe stärken

Das Thema Integration wird in Eberswalde bereits auf vielfältige Weise umgesetzt. Es gibt zahlreiche Aktive wie Vereine, Träger, Initiativen bis hin zur Hochschule, die seit vielen Jahren sehr engagierte Arbeit auf ganz unterschiedlichen Ebenen leisten. Dieses Engagement wirkt stets auch über den eigenen Tätigkeitsbereich hinaus. Es hat damit das Potenzial, Eberswalde unmissverständlich als Stadt der Vielfalt zu positionieren und damit auch gegenläufigen Tendenzen konstruktiv zu begegnen. Um dies zu erreichen, muss Integration als Querschnittsaufgabe sowohl in der Verwaltung als auch darüber hinaus, beispielsweise bei öffentlichen Arbeitgeber:innen und Unternehmen, verinnerlicht werden.

### Handlungsbedarfe

- Integration als Querschnittsaufgabe (Adressat:innen: Politik, Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Unternehmen etc.)
- Stärkung interkultureller Kompetenzen (Politik, Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Unternehmen etc.)
- Positionierung der Stadt für ein offenes und tolerantes Eberswalde
- Kontinuität: Schaffung langfristiger, verlässlicher und stabiler Strukturen (inklusive Finanzierung)
- Monitoring und Evaluation der Handlungsbedarfe und Ziele

---

## Lösungsansätze und Maßnahmen

- Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe/ressortübergreifende Aufgabe
  - Schnittstelle innerhalb der Verwaltung (vgl. Kap. 4.1)
  - Überprüfung vorhandener Konzepte hinsichtlich Integration als Querschnittsthema
  - zukünftiges Mitdenken der Themen der Integration in allen Ressorts (auch)
- Öffentlichkeitsarbeit, z.B.
  - Mehrsprachiger Leitfaden/ Wegweiser (auch digital)
  - App/ Homepage
- Voneinander lernen und Perspektiven wechseln/ interkulturelle Sensibilisierung
  - Schulungen/Fortbildungen für Institutionen und öffentliche sowie private Unternehmen in Eberswalde aller politischer Ebenen (z.B. zuständige Behörden in Stadtverwaltung, städtische Unternehmen, Schulen, Kitas, Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs, Wohnungsgenossenschaften, Polizei etc.)
  - Anlaufstelle und Beratungsstelle bei der Stadt bei rassistischen und diskriminierenden Vorfällen (Kümmerer) (vgl. Kap. 4.1)
- Aktive Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund
  - (Aktive) Berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung
  - Aktive Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bürgerbeteiligungsprozesse
  - Einbinden der Erfahrungen von Eingebürgerten und Menschen mit internationaler Biografie
- Flexibler kommunaler Fonds für Aufgaben der Integration (siehe auch Richtlinie für die kommunale Förderung von sozialen Maßnahmen und Initiativen in der Stadt Eberswalde)
- Monitoring und Evaluation, Konzepte
  - Durchführung einer internen Evaluation der Handlungsempfehlungen alle zwei Jahre durch die Stadtverwaltung in Kooperation mit der Arbeitsgruppe
  - Regelmäßige Fortschreibung des Integrationskonzeptes (z.B. alle drei Jahre inklusive Erfolgsdokumentation und weitere Ziele)
  - Sammlung und Aufbereitung relevanter Daten

## Good-Practice-Beispiele

### PatchWorkCity Saarbrücken

Ziel	Durch einen öffentlichen und kreativen stadtgesellschaftlichen Dialog zum Thema ‚Zusammenleben in Vielfalt‘ den Austausch der Saarbrücker untereinander fördern und Berührungängste abbauen.
Zielgruppe	Saarbrücker Stadtgesellschaft
Inhalt	Das Kampagnenteam PatchWorkCity der Saarbrücker Verwaltung setzte sich mit Kooperationspartnern aus Vereinen, Institutionen, Kulturschaffenden, Initiativen, Unternehmen sowie Gruppen und Einzelpersonen mit der Frage auseinander, wie Zusammenhalt in einer vielfältigen Stadt gelingen kann und wie bei aller Unterschiedlichkeit ein gutes Miteinander möglich ist. Zu der gemeinsam entwickelten Kampagne gehörten unter anderem sogenannte Guerilla-Marketing Aktionen, öffentliche Picknicks, Kunstaktionen wie der „Teppich der Vielfalt“ und Straßenumfragen. Außerdem setzte sich das Projektteam der Verwaltung mit dem Thema „Ankunftsgebiete“ auseinander und identifizierte diese für Saarbrücken und entwickelte Ansätze und Maßnahmen für die Stärkung dieser Gebiete.
Träger	Stadt Saarbrücken
Näheres unter	<a href="https://www.saarbruecken.de/leben_in_saarbruecken/familie_und_soziales/zuwanderung_und_integration/projekt_patchworkcity">https://www.saarbruecken.de/leben_in_saarbruecken/familie_und_soziales/zuwanderung_und_integration/projekt_patchworkcity</a>

### Datenbank Migration, Osnabrück

Ziel	Informationen zur Integrationsarbeit liefern
Zielgruppe	Stadtverwaltung Osnabrück
Inhalt	Die Osnabrücker Datenbank Migration hat deutschlandweit Modellcharakter. Mit der Datenbank wird sichergestellt, dass alle relevanten Stellen auf ausführliche Daten zugreifen können. Die Datenbank umfasst die Bereiche Altersgruppen, Nationalitäten und Wohnungen. Verknüpft mit Rauminformationen, ermöglicht die Datenbank beispielsweise eine Belegungsübersicht der Gemeinschaftsunterkünfte. Auf der Grundlage der Daten kann die Stadt beispielsweise erkennen, in welchen Stadtteilen künftig wie viel mehr Kinder in die Schule gehen oder einen Platz im Kindergarten brauchen. Die Integrationsbeauftragte der Stadt ist mit der Erstellung der Datenbank beauftragt. An den Beratungen zum Aufbau der Datenbank nahmen Vertreter:innen vieler städti-

scher Dienststellen teil, unter anderem das Referat Strategische Steuerung und Rat sowie die Fachbereiche Personal und Organisation, Recht und Datenschutz, Schule und Sport sowie Kinder, Jugendliche und Familien.

Die gesammelten Daten unterliegen strengen Sicherheits- und Datenschutzbestimmungen. Zugang hat ausschließlich ein kleiner Kreis, für diesen sind die Daten jedoch von großer Bedeutung.

Künftig sollen die Daten auch mit einem Programm der Ausländerbehörde, dem Jobcenter und der Arbeitsverwaltung verknüpft werden.

Träger Stadt Osnabrück

Näheres unter <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/osnabruck-datenbank-migration>

### 4.3 Sprache und Bildung

Sprache und Bildung sind essenzielle Bestandteile und in vielen Bereichen Voraussetzung für Integration und eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, am Arbeitsmarkt bis hin zum Gesundheits- und Rechtssystem. In diesem Handlungsfeld gibt es bereits vielfältige Angebote. Im Bildungsbereich sollten vor allem die engagierten Institutionen und Einzelpersonen gestärkt werden. Das übergeordnete Ziel ist es, gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen – mit oder ohne Migrationshintergrund. Dies beginnt bereits mit der frühkindlichen Bildung. Wohlwissend, dass ein Großteil der Handlungsbedarfe nur bedingt im Einflussbereich der Stadtverwaltung liegen und häufig mit anderen politischen Ebenen wie dem Landkreis zusammengearbeitet wird, sollen sie aufgrund ihrer hohen Chancen für die Integration genannt werden.

#### Handlungsbedarfe

- Sicherstellung von Kitaplätzen für alle Kinder
- Lösungen für Schulen mit Kapazitätsengpässen
- Stärkung der Elternarbeit
- Erhöhung individueller Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche
- Ausweitung der psychologischen Betreuung für Kinder und Jugendliche
- Förderung des Zugangs zu und Erlernens der deutschen Sprache sowie der Muttersprache zugewanderter Menschen
- Ermöglichung von Sprachkursen für alle Altersgruppen, Alphabetisierung
- Sprachkurse für Menschen mit Duldung
- Anerkennung von Ausbildungen und Abschlüssen
- Gewährleisten eines niedrighwelligen Zugangs zu Dolmetscherdiensten (Behördenangelegenheiten, Arztbesuch etc.)

- Umgang mit „Ausgeförderten“

### Lösungsansätze und Maßnahmen

- Stärkung von Kitas und Schulen, ggf. in Selbstorganisation
  - Flächendeckendes Angebot an Kita-Plätzen für Kinder ab spätestens zwei Jahren in Vorbereitung auf die Schulzeit
  - Gewährleisten der Nachmittagsbetreuung
  - Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Kitas und Schulen mit besonderen Integrationsherausforderungen bzw. -leistungen, Migrationssozialarbeit als Verbindung zwischen Hort und Schule integrieren
  - Einsatz von Erziehungs-/Lehrpersonal aus unterschiedlichen Herkunftsländern
  - Schaffung einer beruflichen Perspektive für People of Colour und Schaffung eines leichteren Einstiegs durch Arbeitsgelegenheiten oder BUFDI
  - Flächendeckende systematische Beratung der Eltern für einen frühen Kita-Einstieg
- Möglichkeit der Einzelfallbetreuung für verhaltens- und sprachauffällige Kinder in Kitas und Schulen
- Sprache fördern
  - Unterschiedliche Sprachkursangebote entsprechend der Vorkenntnisse und Vorbildung (inklusive stundenweise Kurse)
  - Sprachkurse für Mütter und Väter mit Betreuung von Kindern
  - Gewährleisten einer ausreichenden Sprachförderung in Kitas und Schulen (alle Jahrgänge; inklusive während der Schulferien)
- Schaffung von Orten der Integration
  - Öffnung der Schulen und Kitas ins Quartier/ in Schule und Kita (z.B. Elterncafé an der Schule, Vorträge in der Kita, Austausch, Info etc.)
  - Gemeinschaftseinrichtungen hinsichtlich der Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen (nonformale Bildung)
- Stärkung der Elternarbeit in den Kitas und Schulen (z.B. Verweil- und Austauschmöglichkeiten schaffen, Vorträge und Informationsabende anbieten)
- Nutzbarmachung der Elternarbeit für die Integration, ggf. mit Mittler:innen, Patenschaften, Lotsendiensten und Stadtteilmüttern
- Unterstützung bei der Vermittlung von Dolmetscherdiensten
  - Verbreitung von Information über Möglichkeiten der Beantragung von Dolmetscherdiensten bei Kitas, Schulen, Ärzten, Verwaltung etc.
  - Bereitstellung mehrsprachiger Informationen über die Dolmetscherdienste

- Vernetzung und Austausch zwischen Kitas und Schulen, u.a. um den Übergang zwischen den Bildungseinrichtungen zu begleiten und damit Bildungsbiographien zu stärken

### Good-Practice-Beispiel

#### Bildungs- und Familienzentrum Hardt (BiKiFa), Schwäbisch Gmünd

**Ziel** Begleitung der Bildungsbiographie von der Geburt bis zum Übergang in eine weiterführende Schule

**Zielgruppe** (Klein-)Kinder, Jugendliche und Eltern auf der Hardt

**Inhalt** Das BiKiFa in Schwäbisch Gmünd baut auf einer sehr engen Kooperation zwischen Schule, Kita und Familien- und Nachbarschaftstreff auf. Ziel ist es, die Kinder von der Geburt bis zum Übergang in eine weiterführende Schule zu begleiten und damit eine erfolgreiche Bildungsbiographie zu fördern. Die Zusammenarbeit und der Austausch der drei Einrichtungen sind somit Grundvoraussetzung. Auf Leitungsebene der Einrichtung wurde eine Projektgruppe ins Leben gerufen, die sich monatlich trifft. Der Informationsfluss zwischen den Einrichtungen muss den Vorgaben der Schweigepflicht Rechnung tragen.

Weitere Akteur:innen wie die Hochschule und der Bürgerverein „Starkes Hardt e.V.“ wurden eingebunden und haben gemeinsam Themen wie Integration und Stadtteilbewusstsein bearbeitet sowie konkrete Projekte in den Feldern Begegnung, Elternbildung, Sozialberatung, Seniorenarbeit, Multiplikatorenbildung, Sport etc. initiiert. Die Ausbildung von Elternmentoren, Elternbeiräten und Familienbesuchern hat die Eltern in die Arbeit des BiKiFa integriert.

Durch die räumliche Zusammenführung der drei Einrichtungen wird die intensive Kooperation erleichtert. Die ehemaligen Horträume wurden zum Bildungs- und Familienzentrum (Bildung – Kinder – Familien: BiKiFa) umgebaut, unter dem gleichen Dach befindet sich die Kita, daneben die Grundschule. Entstanden sind gemeinsame Räume (Bibliothek, Gruppenräume, Mensa) und Angebote (Elterncafé, Qualifizierungen für Eltern) für die drei Einrichtungen. Ehrenamtliche aus dem Stadtteil unterstützen die Angebote gegen eine kleine Aufwandsentschädigung.

**Träger** Stadt Schwäbisch Gmünd in Zusammenarbeit mit Jugendamt des Ostalbkreises, Staatliches Schulamt Göppingen, JuFuN e.V., Katholische Gesamtkirchengemeinde

**Näheres unter** <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2015/Orte-der-Integration.html>

[http://www.gshardt.de/?page\\_id=1412](http://www.gshardt.de/?page_id=1412)

## 4.4 Sport und Freizeit

Sport und Freizeitgestaltung sind wichtige Bestandteile eines ausgeglichenen und gesunden Lebens. Sie haben zahlreiche positive Effekte auf das subjektive Wohlbefinden, insbesondere in der Jugend, aber auch im Alter. Auch stellen sie Gelegenheiten dar, an dem Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenkommen können, gemeinsame Aktivitäten teilen und Werte und gesellschaftliche „Regeln“ vermittelt werden können. Damit bieten sich dort Integrationsmöglichkeiten jenseits von Sprache und Bildung. Freizeit- und Sportangebote bieten damit ein hohes Integrationspotenzial. Hier sind insbesondere die Akteur:innen und Vereine im Bereich Sport, Kultur und Freizeit gefragt. In Eberswalde gibt es bereits viele Sport- und Freizeitangebote, z. B. von Kontakt Eberswalde e.V., dem SV Motor und dem FSV LOK Eberswalde e.V. Es gibt allerdings noch Handlungsbedarfe wie beispielsweise in der Bereitstellung von Angeboten für Jugendliche, insbesondere für Mädchen und junge Frauen.

### Handlungsbedarfe

- Schärfung der strategischen Ausrichtung von Integration und strukturelle Verankerung in den Bereichen Sport und Freizeit
- Multiplikatoren für ein vielfältiges und kultursensibles Angebot
- Ausweitung niedrigschwelliger Sport- und Freizeitangebote insbesondere für Kinder und Jugendliche, sowie für Mädchen und junge Frauen; kulturspezifische Aspekte berücksichtigen
- Entwicklung von Lösungen für Sport- und Freizeitangebote mit kultursensiblen Anspruch

### Lösungsansätze und Maßnahmen

- Bestandsaufnahme aktueller strategischer Ansätze zu Integration in Vereinen (wo steht Eberswalde?) und Entwicklung gemeinsamer Ziele (gemeinsamer Fahrplan: u.a. wen erreichen wir (nicht)? Wo können wir Ressourcen bündeln?)
- Prüfung der zur Verfügung stehenden Angebote für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund und ihrer Akzeptanz, ggf. Anpassung des Angebots in Zusammenarbeit mit Jugendlichen, insbesondere jungen Mädchen und Frauen
- Prüfung von Möglichkeiten zur Bereitstellung von Mitteln z.B. für die Übernahme von Mitgliedsbeiträgen, Sportausrüstung, Material sowie Beiträge für Trainingslager und Ähnlichem (ggf. Bildungs- und Teilhabepaket)
- (Mehrsprachige) Öffentlichkeitsarbeit über bestehende Angebote
- Unterstützung vorhandener Patenprogramme von Mitgliedern für neu ankommende bei Vereinen (u.a. Orientierung, Hilfestellungen, Wertevermittlung).

## 4.5 Wohnen

Das Thema Integration ist in vielfältiger Weise mit dem Thema Wohnen verknüpft. Die Wohnsituation bildet einen Dreh- und Angelpunkt im Lebenszyklus eines neu ankommenden Menschen in Eberswalde. Die Wohnung entscheidet über den Wohnstandort und damit über Nachbarschaft, Aktionsradius, Nähe zu Arbeitsplätzen, Kita und Grundschule u.v.m. Integration kann im Haus oder in der Nachbarschaft beginnen. Umgekehrt kann eine mangelnde Integration auch genau dort zu Ressentiments und Konflikterfahrungen auf Seiten der angestammten Bevölkerung führen.

Gleichzeitig führen begrenzte finanzielle Mittel von Haushalten, unabhängig von der Herkunft, zu Zugangsschwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Da Neuankommende, zumindest über längere Anfangszeiträume, meist über geringe Einkommen verfügen, konzentrieren sich ihre Wohnstandorte in der Regel auf die preiswertesten Quartiere. In Eberswalde betrifft dies vor allem das Brandenburgische Viertel.

### Handlungsbedarfe

- Bestandsaufnahme der Wohnraumversorgungssituation in Eberswalde (Umfang und Verteilung von Leerstand, Sozialwohnungen, WBS-Wohnungen, ALG-II-fähige Wohnungen etc.) und Erarbeitung von Maßnahmenvorschlägen
- Bedarf nach verfügbaren großen Wohnungen für Familien innerhalb des Rahmens der Kosten der Unterkunft
- Vermeidung einer weiteren räumlichen Konzentration von vor allem geflüchteten Menschen, dezentrale Unterbringung bei Bleiberecht soweit wie möglich
- Ausreichend Wohnungen für den Übergang zwischen Wohnverbänden/Gemeinschaftsunterkünften und eigenem Haushalt
- Ggf. Konflikte innerhalb der Hausgemeinschaften zwischen Nationalitäten bzw. Kulturen lösen/abmildern
- Entwicklung von Lösungen mit Gruppen besonderer Integrationsprobleme
- Flächendeckende Aufwertung des Wohnumfelds und Pflege der Grünflächen im Brandenburgischen Viertel zur Stärkung des Wohnstandortes

### Lösungsansätze und Maßnahmen

- (Weiterhin) Belegungsmanagement und Abstimmung der Wohnungsunternehmen mit dem Ziel einer konfliktfreien Hausgemeinschaft und Nachbarschaft, möglichst dezentrale Verteilung
- Schaffung von Wohnungen mit Belegungsrechten (geplant)<sup>5</sup>
- Prüfung von Möglichkeiten einer räumlich gestreuten Wohnraumversorgung in Eberswalde

---

<sup>5</sup> Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung vom Juni 2020 zwischen dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, der Stadt Eberswalde sowie der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG ist die Sicherung von Belegungsbindungen geplant.

- Information und Erfahrungsaustausch zu erfolgreichen Strategien von Wohnungsunternehmen im Umgang mit Integration, inklusive spezifischer Herausforderungen und Konfliktstoff (wird teilweise bereits umgesetzt)
- Begleitete Sozialarbeit bei Wohnungsunternehmen
- Projekte zur Konfliktlösung zwischen Nationalitäten bzw. Kulturen

### Good-Practice-Beispiel

#### Wohnstufenmodell in Bocholt

Ziel	Begleitung von Geflüchteten beim Übergang von Wohnverbund über betreutes Außenwohnen bis zum freien Wohnungsmarkt
Zielgruppe	Geflüchtete, um Zugang zum freien Wohnungsmarkt zu unterstützen
Inhalt	Gemeinschaftseinrichtungen bilden die erste Wohnstufe (Betreutes Wohnen) für zugewiesene Geflüchtete. Dort findet auch die Kontaktaufnahme der Sozialbetreuung statt. In der zweiten Wohnstufe (Betreutes Außenwohnen) mietet die EWIBO (städtische Tochter) eine Wohnung an, bietet weiterhin regelmäßige Sozialbetreuung und arbeitet mit ehrenamtlichen Integrationspat:innen zusammen, die sich ebenfalls um Geflüchtete kümmern. Um von der ersten zur zweiten Wohnstufe zu kommen, müssen die Flüchtlinge bestimmte Kriterien erfüllen. Der Übergang in die dritte Wohnstufe (Verfestigungswohnen: dezentrale Wohneinheit) ist schließlich die Anmietung einer Wohnung durch die Geflüchteten selbst. Dies kann entweder ein Umzug sein oder die Übernahm des Mietvertrages von der EWIBO.
Träger	EWIBO Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft der Stadt Bocholt mbH
Näheres unter	<a href="https://www.agnrw.de/fileadmin/pdf/Downloads/0_migration_und_integration_thema_staedtepartnerschaften.pdf">https://www.agnrw.de/fileadmin/pdf/Downloads/0_migration_und_integration_thema_staedtepartnerschaften.pdf</a>  <a href="https://docplayer.org/59204360-Stadt-pilot-nationale-stadtentwicklungspolitik-eine-gemeinschaftsinitiative-von-bund-laendern-und-gemeinden.html">https://docplayer.org/59204360-Stadt-pilot-nationale-stadtentwicklungspolitik-eine-gemeinschaftsinitiative-von-bund-laendern-und-gemeinden.html</a>

## 4.6 Stadtgesellschaftlicher Dialog und gesellschaftliche Teilhabe

Im stadtgesellschaftlichen Dialog und bei der gesellschaftlichen Teilhabe geht es um das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Nationalitäten. Ein wichtiger Aspekt hierfür ist die Teilhabe von Eingewanderten und Zugezogenen am gesellschaftlichen Leben, Gelegenheiten zum gegenseitigen Kennenlernen und Annähern oder Kontakte und konfliktfreie Beziehungen untereinander. Viele der Akteur:innen in Eberswalde fördern das gesellschaftliche Miteinander. Gleichzeitig besteht der Wunsch nach weiteren Möglichkeiten für den interkulturellen Austausch sowie einer stärkeren Beteiligung und Sichtbarkeit bestehender Vereine in die bzw. in der Stadtgesellschaft.

Zudem ist es das Ziel, in Eberswalde ein Klima der gegenseitigen Akzeptanz, Toleranz und Offenheit zu befördern. Dennoch kommt es immer noch zu alltagsrassistischen Erfahrungen. Es ist wichtig, diese Vorfälle aktiv aufzuklären, diesen öffentlich entgegenzutreten und zu gedenken. Es fehlt eine verbindliche Kontaktperson als Vertrauensperson bei erlebtem Alltagsrassismus oder diskriminierendem Verhalten in Institutionen sowie rassistischen Übergriffen, die Gehör verschafft und bedarfsweise Betroffene bei Beschwerden etc. begleitet. Oftmals helfen bereits das Gehör und ein Hilfsangebot, das Gefühl von Ohnmacht zu lindern, das Erlebte besser zu verarbeiten und dagegen vorzugehen.

### Handlungsbedarfe

- Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten für Austausch der Kulturen und Begegnung
- Wertschätzung und Einbeziehung migrantischer Selbstorganisation (s. auch Kap. 4.2)
- Aufklärung rassistischer und diskriminierender Erfahrungen und Taten, Positionierung dagegen
- Hilfe bei rassistischen und diskriminierenden Erfahrungen in der Stadtverwaltung institutionalisieren (vgl. Kap. 4.1)
- Verstärkte institutionalisierte Erinnerungskultur
- Förderung der Internationalisierung der Stadt, z. B. mehrsprachige Informationen und Angebote aufnehmen

### Lösungsansätze und Maßnahmen

- Austausch und Begegnung der Kulturen verstärken
  - Öffentliches und gemeinsames Feiern von Festen wie z.B. religiöse Feiertage aller Religionen (Weihnachten, Ostern, Ramadan, Fastenbrechen, Opferfest, Jom Kippur, Chanukka etc.)
  - Breitere Information durch die Fördermittelgeber, wie Stadt und Landkreis, über vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten bei der Finanzierung und Planung interkultureller Feste und Aktivitäten z.B. durch die Bereitstellung von Ressourcen für die Verpflegung durch kommunalen Fonds (vgl. Kap. 4.2) oder durch Hilfe bei der Suche nach Räumen
  - Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten für Räume, die regelmäßige kulturelle migrantische Aktivitäten in zentralen Lagen ermöglichen (z.B. Café und Küche im Amadeu Antonio Bildungszentrum), Unterstützung bei der Raumsuche
  - Vernetzung der Migrantenorganisationen innerhalb der Akteurslandschaft (z.B. in Anlehnung an den Runden Tisch)
- Einbeziehung migrantischer Selbstorganisation in öffentlicher Verwaltung
  - Einbeziehung der Expertise von Vertretenden und dadurch Nutzung der bestehenden Kompetenzen vor Ort

- Gezielte Einbindung von Personen mit internationalem Hintergrund und migrantischen Selbstorganisationen bei der Planung von Festen und regelmäßigen Veranstaltungen (z.B. Begegnungstage, Interkulturelle Wochen, Antirassismus-Tag)
- Gegen Rassismus und Diskriminierung
  - Strukturelle Verankerung von Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung in der Verwaltung (vgl. Kap. 4.1)
  - Angebot von Schulungen für interkulturelle Kompetenz (vgl. Kap. 4.2)
  - Zeigen einer öffentlichen klaren Haltung gegen Rassismus und öffentliche Verurteilung von Vorfällen
  - Unterstützung von Netzwerken gegen Extremismus und für Toleranz
  - Öffentliche Kampagne für ein offenes und tolerantes Eberswalde
- Erinnerungskultur
  - Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio verstärkt mit Inhalten und Veranstaltungen zum Thema Rassismus und Diskriminierung füllen

### Good-Practice-Beispiele

#### Newcomer Day in Toronto / Einbürgerungsfeier in Meschede

Ziel	Festliches „Willkommen heißen“ und Information zu Unterstützungsangeboten
Zielgruppe	Neubürgerinnen und Neubürger
Inhalt	<p>Am Toronto Newcomer Day werden die neu eingebürgerten Personen feierlich durch den Bürgermeister empfangen. Die eintägige Veranstaltung gleicht einem Fest: Nachbarschaftsvereine und die Stadtverwaltung stellen sich vor, es gibt einen Marktplatz für Newcomer-Künstler, eine Info-Messe, Führungen durch das Rathaus, eine „speakers’ corner“ mit Migrationsgeschichten, Food Trucks und gemeinsames Gärtnern. Der Tag soll vor allem Torontos Vielfalt zelebrieren.</p> <p>In Meschede organisiert der Landkreis seit 2002 mehrmals im Jahr Einbürgerungsfeiern. Im Rahmen eines festlichen Aktes überreicht der Landrat die Einbürgerungsurkunden<sup>6</sup>.</p>
Träger	<p>Stadt Toronto</p> <p>Landkreis Meschede</p>

<sup>6</sup> Vgl. Schader Stiftung

Näheres unter <https://ocasi.org/toronto-newcomer-day>  
<https://www.blickpunkt-arnsberg-sundern-meschede.de/schlagwort/einbuengerung/>

#### „Quartierläufer in Sandow, Cottbus“

**Ziel** Ein gelungenes Miteinander im Quartier fördern, Vorurteile abbauen und die Menschen mit Migrationshintergrund unterstützen.

**Zielgruppe** Die Aufnahmegesellschaft ebenso wie die Menschen mit Migrationshintergrund.

**Inhalt** Die Quartierläufer:innen übernehmen Bedarfsermittlung, Gemeinwesenarbeit, fördern die Vernetzung vor Ort und organisieren Veranstaltungen. Bei Bedarf beraten sie Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer jeweiligen Muttersprache. Darüber hinaus organisieren die Quartierläufer:innen einen Gesprächskreis für Männer, der dem offenen Austausch und der Orientierung in der Aufnahmegesellschaft dient. Durch die eigene Migrationserfahrung der Quartierläufer:innen verfügen sie über wertvolle interkulturelle Kompetenzen, Sprachkenntnisse und Verständnis für die unterschiedlichen Lebenslagen der Ankommenden in Cottbus.

**Träger** Jugendhilfe Cottbus gGmbH

**Auftraggeber** Stadt Cottbus, Fachbereich Integration und Bildung

**Finanzierung** Land Brandenburg

**Näheres unter** Auf Nachfrage

#### Das THINKA Plus Projekt Gera-Bieblach

**Ziel** Bereitstellung einer Plattform zum Kennenlernen von Einheimischen und Migranten und zur Förderung der interkulturellen Kompetenz und Toleranz aller Bewohner.

**Zielgruppe** Im Stadtteil Gera-Bieblach wohnende Bürger:innen

**Inhalt** Das THINKA Plus Projekt forciert die Bündelung aufeinander abgestimmter Maßnahmen und Angebote, die zur beruflichen und sozialen

	Integration aller im Stadtteil wohnenden Personen beitragen. Das Projekt setzt auf die Kombination bestehender Ressourcen mit einer bedarfsgerechten Erweiterung bereits bestehender Maßnahmen und Angebote. Diese Aufwertung des Stadtteils Gera-Bieblach umfasst die Bereitstellung einer Begegnungsstätte mit adäquaten Freizeit-, Beratungs- und Bildungsangeboten zur Integration von Migrant:innen und anderen Bewohner:innen. Dazu wird ein ThINKA Koordinierungs- und Netzbüro an der örtlichen Grundschule eingerichtet. Durch die Vernetzung vorhandener zielgruppenspezifischer Hilfeangebote und -einrichtungen können die Ressourcen im Stadtteil gebündelt und bestehende Angebote gezielt erweitert werden. Im Fokus steht dabei das gegenseitige Kennenlernen und die Förderung interkultureller Kompetenzen sowie eines kulturübergreifenden Verständnisses bei allen Stadtteilbewohnerinnen und -bewohnern.
Träger	OTEGAU Arbeitsförder- und Berufsbildungszentrum GmbH Ostthüringen/Gera
Laufzeit	Seit Anfang 2013 bis heute
Näheres unter	<a href="https://www.inka-thueringen.de/wordpress/stutzpunkte/gera-bieblach-thinka-plus/">https://www.inka-thueringen.de/wordpress/stutzpunkte/gera-bieblach-thinka-plus/</a> <a href="https://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1754.pdf">https://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1754.pdf</a>

#### 4.7 Berufliche Integration und Qualifikation

Bei der beruflichen Integration und Qualifikation ist Eberswalde bereits breit aufgestellt. Insbesondere das im Jahr 2015 durch das Jobcenter ins Leben gerufene Lotsenhaus hat bis zu seiner Beendigung 2021 wertvolle Arbeit geleistet. Neben dem Jobcenter gibt es die Arbeitsagentur sowie mehrere Beratungsstellen, die Zugewanderte bei der Integration in den Arbeitsmarkt begleiten oder sich um die Anerkennung der Qualifikation bemühen. Wichtig ist, die Aufgaben klar und langfristig zu verteilen. Handlungsbedarfe ergeben sich u.a. beim Spracherwerb, welcher unerlässlich für die Aufnahme einer Ausbildung oder eines Beschäftigungsverhältnisses ist. Weitere Handlungsbedarfe, die jedoch nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden können, umfassen die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie die Beschäftigung und Qualifikationen für Personen in Duldung. Das übergeordnete Ziel ist, die berufliche und wirtschaftliche Integration von Personen mit Migrationshintergrund zu fördern und diesen die Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen. Längere Zeiten des „Nichtstuns“ wirken sich in hohem Maße demotivierend auf die Betroffenen aus und mindern mit fortschreitender Zeit die Integrationsmöglichkeiten. Gleiches gilt für Menschen, die beispielsweise in Mangelberufen tätig sein können und möchten oder beruflich gut integriert sind, dennoch aber eine Abschiebung droht.

##### Handlungsbedarfe

- Schaffung einer kontinuierlichen und strukturierten Beratungsinfrastruktur

- Berufliche Qualifizierung
- Anerkennung von Abschlüssen oder adäquaten Einsatzmöglichkeiten
- Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten erweitern
- Praktische Arbeitserlebnisse schaffen
- Betätigungsmöglichkeiten auch bei ungeklärtem Aufenthaltsstatus schaffen
- Vermittlungshemmnissen entgegenwirken
- Koordination der Angebote für die Einzelfallberatung

### Lösungsansätze und Maßnahmen

- Koordination und Verstetigung bei der Beratungsinfrastruktur
  - Regelmäßige Abstimmung und Vernetzung der beratenden Stellen im Bereich der Arbeitsmarktintegration
  - Verstetigung erfolgreicher Beratungsangebote
- Erweiterung der Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten
  - Beratung und Förderung selbstständiger Erwerbstätigkeit
  - Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und städtischen Unternehmen (vgl. Kap. 4.2)
  - Hervorhebung, Auszeichnung und Unterstützung engagierter Arbeitgeber:innen
  - Begleitung bei Vermittlungshemmnissen und Konflikten am Arbeitsplatz
  - Zeitnahe Bearbeitung von Arbeitsgenehmigungen durch die Ausländerbehörde
- Schaffung praktischer Arbeitserlebnisse
  - Angebot von Orientierungstagen bei verschiedenen Arbeitgeber:innen und in verschiedenen Branchen in der Region – sowohl für Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund (u.a. orientierungslose Jugendlichen)
  - Begleitende Betreuung und Unterstützung von Unternehmen zum Umgang mit Hemmnissen (z.B. Mediation bei Konflikten)
  - Praktische Fortbildungsangebote
- Einbindung der Kammern
- (Weitere) Fokussierung von Maßnahmen und Förderangeboten auf Gruppen mit besonderen Herausforderungen

## Good-Practice-Beispiele

### Kooperation zwischen Schulen und Betrieben, Bestwig

Ziel	Steigerung der Übergangsquote von Schule in Ausbildung
Zielgruppe	Absolvent:innen der Oberschule
Inhalt	Die Schulleitung der Sekundarschule Olsberg-Bestwig ist sehr aktiv in der Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen, um den absolvierenden Schüler:innen berufliche Orientierung zu bieten. Dafür kooperiert die Schule mit den ortsansässigen Unternehmen. Von 7. Klasse bis zum Abschluss wird ein umfassendes Programm geboten: Berufsorientierung, Orientierungspraktikum, Betriebserkundung, Bewerbungstraining etc. Auch nach Beginn der Ausbildung werden die Absolventinnen und Absolventen durch eine Berufseinstiegsbegleitung und nachschulische Betreuung weiter begleitet. Ein Schulsozialarbeiter ist Ansprechpartner für Schüler:innen, Eltern und Lehrerschaft auch nach Schulschluss.
Träger	Schule, Gemeinde Bestwig
Näheres unter	<a href="https://www.sk-olsberg-bestwig.de/seite/411102/stubos.html">https://www.sk-olsberg-bestwig.de/seite/411102/stubos.html</a>

### Nürnberger Preis für diskriminierungsfreie Unternehmenskultur

Ziel	Diskriminierungsfreie Unternehmenskultur und Unternehmen mit Vorbildcharakter würdigen.
Zielgruppe	Unternehmer, deren Mitarbeiter und die Stadtgesellschaft
Inhalt	Die Auszeichnung „Nürnberger Preis für diskriminierungsfreie Unternehmenskultur“ zeichnet ortsansässige Firmen aus, die sich in vorbildlicher Weise für eine würdevolle Gleichbehandlung aller in der Kollegschaft und gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren. Die Bewerbung erfolgt über ein Onlineformular. Die Jury besteht, neben dem Oberbürgermeister, aus 10 weiteren Mitgliedern, die unterschiedliche Institutionen und gesellschaftliche Gruppen repräsentieren. Die Jury bewertet die Bewerbungen und spricht eine Empfehlung für die Beschlussfassung des Stadtrates.
Träger	Stadt Nürnberg
Näheres unter	<a href="https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/unternehmenspreis.html">https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/unternehmenspreis.html</a>

## 4.8 Asyl und Geflüchtete

Durch die gute Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen und das Engagement der Bevölkerung in Eberswalde konnte auf den starken Zuzug Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 zügig reagiert werden. Willkommensinitiativen wurden ins Leben gerufen, Infrastruktur aufgebaut und Institutionen und Akteur:innen haben sich schnell und unbürokratisch auf die neue Situation eingestellt. Um die Situation der in Eberswalde lebenden Personen im Asylverfahren langfristig zu verbessern, wurden einzelne Handlungsbedarfe identifiziert. Bei den Lösungsansätzen sind in unterschiedlicher Weise alle Akteur:innen, wie Stadtverwaltung, Landkreis, Vereine, Träger wie auch Wohnungsgesellschaften und Zivilgesellschaft gefragt. Mitunter stehen den dargelegten Lösungsansätzen auch andere Aspekte, wie ein schwieriger Wohnungsmarkt oder Aufenthaltsstatus, entgegen.

### Handlungsbedarfe

- Aufwertung der Lebensbedingungen in den verschiedenen Unterkünften
- Verkürzung der Aufenthaltsdauer in den Wohnverbänden und Gemeinschaftsunterkünften
- Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus
- Verstetigung der Finanzierung der Migrations- und Asylberatung
- Förderung der interkulturellen Begegnung (vgl. Kap. 4.6)

### Lösungsansätze und Maßnahmen

- Verbesserung der Lebensbedingungen in den Wohnverbänden und Gemeinschaftsunterkünften
  - ggf. Renovierung und Sanierung der Wohnverbände und Gemeinschaftsunterkünfte
  - aktives Informieren der Bevölkerung über vorhandene Beschäftigungsmöglichkeiten und Freizeitangebote
  - (mehrsprachige) Informationen zu bestehenden Beratungsangeboten (z.B. Migrationsfachdienste)
- Verkürzung der Aufenthaltsdauer in den Unterkünften
  - Beschränkung der Verweildauer in Wohnverbänden und Gemeinschaftsunterkünften
  - Unterstützung bei der Wohnraumsuche durch ehrenamtliche Paten
- Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Duldung
  - Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen
  - Möglichkeit an Sprachkursen teilzunehmen
- Interkulturelle Begegnung (vgl. Kap. 4.6)
  - Begleitung und Unterstützung von Geflüchteten z.B. in den Bereichen Wohnen, Nachbarschaft, Begegnung durch ehrenamtliche Paten

- Ausweitung von Begegnungsmöglichkeiten

### Good-Practice-Beispiel

#### Tagespraktikum am Refugees' Day

**Ziel** Geflüchteten und Unternehmen die Möglichkeit geben, sich gegenseitig kennenzulernen

**Zielgruppe** Arbeitssuchende Geflüchtete

**Inhalt** Arbeitssuchende Geflüchtete können sich an dem mehrmals jährlich stattfindenden Refugees' Day im Landkreis Kassel nach Stellen und Ausbildungsmöglichkeiten erkundigen und neue Berufsbilder kennenlernen. Unternehmen können sich gleichzeitig einer größeren Gruppe von Arbeitssuchenden vorstellen, ohne eine langfristige Verpflichtung einzugehen.

Die teilnehmenden Geflüchteten erstellen vor dem Refugees' Day im Rahmen des Deutschunterrichts einen Steckbrief, aus dem wesentliche Informationen für Beschäftigungsmöglichkeiten entnommen werden können. Anhand dieser werden Arbeitsplätze in der näheren Umgebung zur Wohnunterkunft ausgesucht. Anschließend werden in der ‚Matchingphase‘ Geflüchtete für den Refugees' Day in einen Betrieb vermittelt. Am Ende des Tages werden die nächsten Schritte für mögliche Hospitationen, Praktika oder Beschäftigungen besprochen. Zusätzlich erhalten die Teilnehmenden Unterstützung während des gesamten Verfahrens einer Beschäftigungsübernahme. Über eine Crowdfundingplattform werden zur Arbeitsaufnahme notwendige Posten finanziert, wie Arbeitskleidung, Fahrkarten für den Weg zur Arbeit bzw. Berufsschule oder Zuschüsse zu Qualifizierungen.

**Träger** Landkreis Kassel in Kooperation mit Handwerkskammer Kassel, Industrie- und Handelskammer Kassel, AGI L, Like Home

**Näheres unter** <https://refugees-day.de/>  
<https://www.startnext.com/refugees-day>  
<https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/landkreis-kassel-tagespraktikum-am-refugees-day>

## 4.9 Image und Integration in der Nachbarschaft

Integration findet vor Ort statt, in der Regel im unmittelbaren Wohnumfeld. Hier sollten sowohl Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund niedrigschwellig zu erreichen sein, die alle Lebensphasen berücksichtigen, als auch Möglichkeiten des Treffens und der Kommunikation angeboten werden, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Im Brandenburgischen Viertel z.B. steht Wohnraum zur Verfügung, hier sind Flüchtlingsun-

terkünfte verortet, hier gibt es bereits Netzwerke und viele Aktive, die sich in der Integrationsarbeit engagieren. Dennoch ist das Außenimage des Brandenburgischen Viertels stark beeinträchtigt.

Mit dem Kooperationsvertrag, den die Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG im Mai 2020 mit der Stadt abgeschlossen hat, werden weitere Investitionen in das Quartier gelenkt. Gleichzeitig stehen Mittel über die Städtebauförderung im Rahmen des Programms Sozialer Zusammenhalt zur Verfügung. Mit dem Programm soll im Quartier die städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Situation verbessert werden, lebendige Nachbarschaften unter Einbindung der Bewohnerschaft entstehen und der soziale Zusammenhalt gefördert werden. Hier besteht eine große Chance, die Ausgestaltung der kommenden Maßnahmen – da wo möglich – in Beteiligungsverfahren mit der Bewohnerschaft, aber auch Akteur:innen zu gestalten. Das Quartiersmanagement ist hier gefordert, gemeinsam mit den Akteur:innen Beteiligungskonzepte zu erarbeiten und verschiedene Formate für unterschiedliche Zielgruppen zu entwickeln.

Gleichzeitig muss die Stadtentwicklung ein Auge auf weitere kleinräumige Entwicklungen in der Stadt haben. Ggf. bedürfen auch andere Sozialräume Unterstützung, die Stärkung von Treff- und Kommunikationsorten sowie Ansätze, die Teilhabe ermöglichen.

### Handlungsbedarfe

- Verbesserung des Images des Brandenburgischen Viertels und weiterer stark stigmatisierter Stadtviertel
- Verbesserung der sozialräumlichen Anbindung von Eberswalde Mitte an das Brandenburgische Viertel zum Abbau sozialer Barrieren (Gründe schaffen, das Brandenburgische Viertel zu besuchen)
- Aufwertung des Zentrums im Brandenburgischen Viertel
- Steigerung der Attraktivität, der Aufenthaltsqualität und des Images des Potsdamer Platzes

### Lösungsansätze und Maßnahmen

- positive Sichtbarmachung des Brandenburgischen Viertels als stetige Querschnittsaufgabe für alle relevanten Beteiligten in Eberswalde  

Hierzu sollten beispielsweise gesamtstädtische Angebote (Märkte, Konzerte, Ausstellungen u.s.w.) ins Brandenburgische Viertel gelenkt werden, die ein Einzugsgebiet über die lokale Wohnbevölkerung hinaus ansprechen (gutes Beispiel: „Guten Morgen Eberswalde“ wurde bereits mehrfach aus dem Brandenburgischen Viertel gesendet). Auch eine intensive Pressearbeit kann unterstützend wirken (z.B. im Viertel).
- Beibehaltung der Bemühungen, das Zentrum aufzuwerten, z.B. durch städtebauliche Maßnahmen oder Nutzung der Potenziale des z.T. leerstehenden Einkaufszentrums (Raum für die Bündelung von Angeboten und Treffpunkten für unterschiedliche Nutzergruppen; z.B. Nutzung der ersten Etage für Begegnungsräume, Quartiers-Küche, aber auch soziale Träger, Vereine, QM o.ä.)
- Niedrigschwellige Angebote für gemeinsame Aktivitäten und Begegnung für unterschiedliche Zielgruppen (u.a. Gesprächskreise für Frauen, Mädchenangebote)

- Einbindung der Bewohnerschaft bei Schwerpunktprojekten, wie z.B. der Aufwertung des Zentrums (z.B. Beteiligungsverfahren für die Gestaltung des Platzes mit Zonierungen für unterschiedliche Nutzergruppen)

### Good-Practice-Beispiel

#### OTe Bildungszentrum, Bremen

**Ziel** Angebote der sozialen Infrastruktur und Orte der Begegnung unter einem Dach zusammenführen

**Zielgruppe** Bewohnerschaft Tenevers, insbesondere Arbeitslose

**Inhalt** In dem Haus Otto-Brenner-Allee 44/46 in Tenever, Bremen werden seit 2002 die unterschiedlichsten Nutzungen vereint:

- Mütterzentrum Osterholz-Tenever:
- e@stside Internetcafé: Hilfe bei Bewerbungsunterlagen und Problemen mit Laptop/PC
- OTe-Saal: Festsaal für bis zu 300 Personen für private Feiern, Initiativen o.Ä.
- Café Gabrieli: Internationaler Mittagstisch, günstige Speisen und Getränke
- AWO Jugendmigrationsdienst: Nachhilfe, Beratung, Hilfe, Bewerbungstraining, musikalische Förderung etc.
- Café Abseits: Treffpunkt, Hilfe, Beratung für Langzeitarbeitslose, Erwerbsunfähige, Suchtbetroffene und ihre Familien
- Polizei Tenever: Gläserne Wache; niedrigschwellige Hilfe für die Bewohnerschaft
- Gewoba Servicebüro: Ansprechpartner für Wohnen in Tenever
- Recyclingbörse: gespendete Gegenstände werden aufgearbeitet und preisgünstig angeboten. Mit den Gewinnen werden die Betriebs- und Personalkosten gedeckt.
- Secondhandshop/Tauschbörse und Nähwerkstatt für gebrauchte Textilien
- Stark in Tenever (SIT): selbstorganisierter Fitness-/Kraft- und Sportraum für junge Erwachsene und Jugendliche

**Träger** Eigentümer Gewoba, unterschiedliche Träger im Zentrum: u.a. Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Bremen e.V., Jugendmigrationsdienst, Bremer Heimstiftung, Mütterzentrum Osterholz-Tenever e.V. u.v.a.

Näheres unter <https://familiennetz-bremen.de/einrichtungen/ote-bildungszentrum/>  
<http://www.xn--mtterzentrum-tenever-pec.com/index.php/vermietungen/32-ote-saal>

#### 4.10 Weiteres

Neben den dargestellten Handlungsfeldern gibt es weitere punktuelle Themen, in denen Handlungsbedarf besteht. Bisher kristallisieren sich die im Folgenden aufgeführten heraus (*nicht abschließend*).

##### Handlungsbedarfe

- Ausreichend Räume für die Religionsausübung
- Ausweitung der psychologischen Betreuung für Kinder und Jugendliche

##### Lösungsansätze und Maßnahmen

- Religion: Ansprechpartner in der Verwaltung, um bei der Suche nach Räumlichkeiten für die Religionsausübung zu helfen
- Ausweitung der psychologischen Betreuung
  - Ausbau der mehrsprachigen psychologischen Beratungsinfrastruktur, insbesondere für (unbegleitete) Jugendliche mit Fluchthintergrund
  - Psychologischer Betreuungsangebote von Frauen für Frauen und junge Mädchen
  - Ausbau der Suchtarbeit für Jugendliche

## 5. Maßnahmen: Prioritätenliste

- 1) Schaffung einer neuen Personalstelle in der Stadtverwaltung (möglichst Person mit Migrationshintergrund/Einwanderungsgeschichte) als Ansprechpartner:in und Kümmerer
- 2) Koordination eines Runden Tisches → als eine Willkommensinitiative mit Ehrenamtlichen; für gemeinsamen Austausch zu betreffenden Themen (z.B. Wohnen); aktive Beteiligung der Akteur:innen
- 3) begleitete Sozialarbeit bei der WHG oder unabhängig von den Wohnungsunternehmen begleitete Sozialarbeit zum Thema Wohnen; unter der Voraussetzung einer Finanzierung durch entsprechende Fördergelder
- 4) Verbreitung von Informationen für Migrant:innen durch die Stadtverwaltung → Anregung: Bereich „Integration“ auf der Homepage der Stadt ausbauen mit Verlinkungen, Aktuelles, Überblick; Mehrsprachigkeit und einfache Sprache berücksichtigen; ggf. Erweiterung des Familienwegweisers
- 5) Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen; Einbeziehung in die Gremienarbeit, Absprachen bei Entwicklungen von Konzepten und Programmen, gemeinsame Projekte und Austausch über Integrationsarbeit vor Ort
- 6) Förderung der interkulturellen Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiter:innen (Fortbildungsangebote in sensiblen Bereichen); empfohlen auch für weitere Behörden und Unternehmen
- 7) Interkulturalität bei der Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung → Menschen mit Migrationshintergrund für Stellenbesetzung und Bewerbung motivieren/aktiv ansprechen
- 8) Evaluation der Prioritätenliste alle drei Jahre durch die Arbeitsgruppe
- 9) Regelmäßige Information über die Umsetzung der Maßnahmen der Prioritätenliste jeweils im 1. Quartal eines Kalenderjahres im zuständigen Fachausschuss → bei Bedarf weitere Konkretisierung von Maßnahmen oder Aufnahme zusätzlicher Maßnahmen in die Prioritätenliste im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachausschuss

## 6. Anhang

### 6.1 Begriffserläuterung

#### Ausländer

Ausländer sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind, d.h. die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit gehören zu diesem Personenkreis.

Ausländer gehören zu der weitergefassten Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund. In diesem Bericht wird der Begriff vor allem in rechtlichen und statistischen Zusammenhängen verwendet.

#### Menschen mit Migrationshintergrund

Nach der Definition des Statistischen Bundesamts hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist. Diese Definition umfasst folgende Personengruppen:

- Zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer
- Zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte
- Aussiedler:innen und Spätaussiedler:innen
- mit deutscher Staatsbürgerschaft geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.

#### Geflüchtete

Der Begriff Geflüchtete wird als Oberbegriff für alle Personen verwendet, die als Schutzsuchende nach Eberswalde gekommen sind – unabhängig von ihrem rechtlichen Status und dessen Entwicklung. Wo eine entsprechende juristische Differenzierung notwendig ist, wird diese im Bericht kenntlich gemacht. Die Bezeichnung Geflüchtete wird als Synonym für den Begriff Flüchtlinge genutzt.

#### Aussiedler:innen und Spätaussiedler:innen

Aussiedler:innen bzw. Spätaussiedler:innen unterscheiden sich von anderen Zuwanderungsgruppen, da sie Deutsche i. S. d. Art. 116 GG sind und auf Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes in Deutschland aufgenommen werden.

#### Diversity

Der Begriff Diversity meint sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede von Menschen. Diversity ist nicht gleichbedeutend mit ethnisch-kultureller Vielfalt, sondern betrachtet das Zusammenwirken ganz unterschiedlicher Identitätsmerkmale, wie bspw. Ge-

schlecht, Sprache, soziale Position, Behinderung, Alter und sexuelle Identität. Die sogenannte Intersektionalität dieser Merkmale und Faktoren kann zu Mehrfachbenachteiligung führen. Diese Benachteiligungen abzubauen, ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Zentral hierbei ist die Erkenntnis, dass Vielfalt den Normalfall darstellt und Menschen immer mehrere Identitätsmerkmale und Bezugsgruppen haben. Der Diversity-Ansatz ist menschenrechtsbasiert, zielt auf Chancengleichheit und den Abbau von Diskriminierung.

## Integration

Nach dem Migrationsforscher Hartmut Esser lassen sich vier Formen der Sozialintegration unterscheiden: die kulturelle, strukturelle, soziale und identifikatorische Integration. Grundsätzlich gilt dies für alle Mitglieder einer Gesellschaft, aber insbesondere für Personen mit Migrationsgeschichte. Sie können erst dann als integriert gelten, wenn Unterschiede in den Lebensverhältnissen nicht aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit bestehen, sondern auf allgemeinen Bedingungen beruhen. Integrationsförderung bedeutet dementsprechend, eine möglichst chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu fördern. Weiterführende Literatur unter anderem unter Hartmut Esser: Welche Alternative zur „Assimilation“ gibt es eigentlich? In: Klaus Bade und Michael Bommes (Hrsg.), Migration-Integration-Bildung. Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge Heft 23. Osnabrück, 2004, S. 41-59. In den letzten Jahren gab es umfangreiche Kritik an Essers Modell, siehe hierzu bspw. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/269373/integrationstheorien>

## 6.2 Interviewpartner:innen

Name, Vorname	Funktion
Atlas, Josefine	Jugendkoordinatorin, Amt für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
Beinroth, Karin	Leiterin des Wohnverbundes Brandenburgisches Viertel, Berufsbildungsverein Eberswalde e.V.
Bessel, Anke	Sachgebietsleiterin für den Bereich Bildung, Amt für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
Billing, Anke	Leiterin der Grundschule Schwärzese
Claaßen, Anna	Beratungsstelle Asyl und Migration, Evangelischer Kirchenkreis Barnim
Danitz, Sebastian	Teamleiter im Lotsenhaus, Jobcenter Barnim
Frick, Wolfgang	Kleiderkammer, Brot und Hoffnung e.V.
Gadischke, Dieter	(Mitwirkender bei) SOS RASSISMUS BARNIM
Goldschmidt, Christiane	Leiterin des Jugendmigrationsdienstes Barnim-Oberhavel, Hoffnungstaler Stiftung Lobetal
Hartwig, Jenny	Integrationsmanagerin für Geflüchtete der Stadt Eberswalde
Herrmann, Götz	Mitglied des FSV LOK Eberswalde e.V.
Holzmann, Irina	Ehrenamtliche Vorsitzende von Kontakt Eberswalde e.V. und Mitarbeiterin beim Bund der Vertriebenen e.V. - Migrationsfachdienst
Klemm, Julia	Quartiersmanagerin im Brandenburgischen Viertel, S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH
Kuhnke, Bernd	Stellvertretender Sachgebietsleiter für den Bereich Sport im Amt für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
Lachmann, Hubertus	Integrationsbegleiter, Bildungseinrichtung Buckow e.V.

Ladewig, Kerstin	Leiterin des Amtes für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
Lüdicke, Stefanie	Allgemeine Studienberatung und Welcome Center für internat. Studierende, HNEE
Munjunga, Augusto Jone	Vorsitzender von Palanca e.V.
Neufang, Anke	Leiterin im Haus der Toleranz, Berufsbildungsverein Eberswalde e.V.
Ociepka, René	Bereichsleiter Asyl und Flucht im Jobcenter Barnim
Porath, Judith	Geschäftsführerin von Opferperspektive e.V.
Reinhardt, Marko	Teamleiter bei der Wohnungsbaugenossenschaft 1893
Schadow, Kerstin	Leiterin der Kita Kleeblatt, Bildungseinrichtung Buckow e.V.
Schmiedel, Stefan	Runder Tisch – Willkommen in Eberswalde
Setzkorn, Sylvia, Dr.	Integrationsbeauftragte des Landkreises Barnim
Tings, Christina	Leiterin des Sprachenzentrums, HNEE
Truttmann, Ute	Quartiersmanagerin im Brandenburgischen Viertel, S.T.E.R.N.
Wolf, Gunther	Amt für Stadtentwicklung der Stadt Eberswalde
Wehrens, Gaby	Leiterin des Jobcenter Barnim
Wienke, Steffi	Geschäftsführerin von Brot und Hoffnung e.V.

### 6.3 Relevante rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlage	Inhalte
Grundgesetz	Art. 116 GG: Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit für Spätaussiedler:innen
Bundesvertriebenengesetz	Voraussetzungen, Anerkennung und Aufnahme von Spätaussiedler:innen, deren Abkömmlingen und deren Ehepartnern
Freizügigkeitsgesetz	Freies Reisen und Aufenthalt aller Bürger:innen der Europäischen Union (EU) in den Mitgliedsstaaten
Aufenthaltsgesetz	Einreise, Aufenthalt, Erwerbstätigkeit und Integration von Ausländern
Integrationskursverordnung	Teilnahme an einem Integrationskurs
Anerkennungsgesetz	Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen
Beschäftigungsverordnung	Voraussetzungen für die Beschäftigung von Ausländern
Kinder- und Jugendplan	Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund (Aufgaben der Jugendmigrationsdienste)
Flüchtlingskonvention	Definition des Begriffs „Flüchtling“; Abkommen über die Mindeststandards für den Umgang mit Flüchtlingen in den Vertragsstaaten
Asylgesetz	Grundlagen der Prüfung von Anträgen auf eine Anerkennung als Asylberechtigter i.S.v. Art. 16a GG
Integrationsgesetz	Wohnsitzregelung, Voraussetzungen für Arbeitsgelegenheiten, Integrationskurssystem, Beschäftigungsverordnung, Zulassung zu Integrationskursen
Landesaufnahmegesetz	Aufnahme und vorläufige Unterbringung von Spätaussiedler:inne, ausländischen Flüchtlingen; Verteilung, Kostenerstattung, Begleitung und Beratung

---

Asylbewerberleistungsgesetz	Leistungsansprüche von Asylbewerber:innen und Flüchtlingen
Eingliederungsverordnung	Eingliederung von fremdsprachigen Schüler:innen in Schulen; Vermittlung der deutschen Sprache
Sozialgesetzbuch II und Sozialgesetzbuch XII	Voraussetzungen zur Wohnungsnahme für Menschen mit Migrationshintergrund bei entsprechendem Leistungsbezug